

**Rede der Finanzministerin Monika Heinold bei den Damper  
Werkstattgesprächen der Vereinigung der hauptamtlichen Bürgermeister und  
Landräte in Schleswig-Holstein e.V. (VHBL), 26.10.2012**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schönfeld,  
sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,  
sehr geehrter Herr Landrat Stolz,  
sehr geehrter Herr Striebich,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Ich freue mich, dass Sie mich zu Ihrem Gedanken- und Erfahrungsaustausch eingeladen haben.

Ich bin gebeten worden, die Auswirkungen der Euro-Krise auf die finanzielle Situation der Kommunen vorzustellen.

Insbesondere natürlich im Hinblick darauf, was das Land tun kann, um die Kreise, Städte und Gemeinden zu unterstützen.

Aber ich will die Gelegenheit nicht verstreichen lassen, die Kommunalfinanzen in den Gesamtzusammenhang einer nachhaltigen Finanzpolitik zu stellen.

Wir wissen Alle: vor uns liegen schwierige Jahre.

Angesichts der großen Herausforderungen für die Haushaltspolitik in Europa, in Deutschland und in Schleswig-Holstein braucht es das kollegiale Bewusstsein, dass sich keine staatliche Ebene auf Kosten der anderen gesund sanieren kann.

Alle Indikatoren deuten darauf hin, dass sich die Konjunktur im nächsten Jahr deutlich abkühlt. Hinzu kommt, dass wir die Auswirkungen der europäischen Schulden- und Finanzkrise eben nur sehr schwer kalkulieren können.

Der Troika-Bericht für Griechenland steht noch aus. Immerhin ist aus Berlin zu vernehmen, dass man sich eine positive Entscheidung für Griechenland wünscht. Das ist ja schon mal ein Fortschritt im Vergleich zur Diskussion im Sommer.

Sei es drum. In jedem Fall haben wir es mit vielen Risiken zu tun, die relativ kurzfristig auf die Haushalte von Ländern und Kommunen durchschlagen können.

Es wäre also unverantwortlich, wenn wir unseren Konsolidierungskurs auf der Grundannahme eines konjunkturellen Booms gründen. Wir müssen davon ausgehen, dass sich die sehr gute Entwicklung der Einnahmesituation von 2010 bis 2012 so nicht nahtlos fortsetzen wird. Dazu gehört auch die Entwicklung der Zinsen.

Hinzu kommt, dass der Weg zur Schuldenbremse mit jedem Jahr immer schwieriger wird.

Ich vergleiche das immer mit dem Anstieg eines Berges. Je weiter man nach oben kommt, desto steiler der Anstieg und desto dünner die Luft.

Und gerade weil das so ist, darf die gute Konjunktur nicht die strukturellen Probleme überdecken, mit denen es Landes- und Kommunalhaushalte unverändert zu tun haben.

Die Konjunktur mildert sie. Aber sie löst sie nicht.

Sollte es uns gelingen – und es muss uns gelingen – das strukturelle Defizit abzubauen und die Schuldenbremse einzuhalten, liegt vor uns ein nicht minder schwieriger Anstieg: Der Abbau des Schuldenbergs.

Der Berg allein der kommunalen Verschuldung hat sich im letzten Jahr auf 2,37 Milliarden Euro angehäuft. Der Schuldenberg des Landes belief sich Ende 2011 sogar auf 27,3 Milliarden Euro.

Sie wissen, genau wie ich, welche hohe Zinsbelastungen aus diesen Schuldenbergen resultieren. Die Zinsausgaben binden einen nicht unerheblichen Teil unserer Einnahmen, bevor wir überhaupt tätig geworden sind.

Die Entwicklung der Zinsausgaben – und damit auch die Entwicklung unserer politischen Gestaltungsspielräume – ist in den nächsten Jahren maßgeblich abhängig von der Zinssatzentwicklung.

Diese wiederum wird in hohem Maße von der Euro-Schuldenkrise bestimmt. Wir alle versuchen – soweit es überhaupt möglich ist, die Auswirkungen auf unser Land, auf unsere Kommunen im Sinne einer vorausschauenden Haushaltspolitik zu berücksichtigen.

Glücklicherweise kann Deutschland bislang in besonderem Maße von den Fluchtbewegungen des Kapitals profitieren. Aufgrund der umfangreichen Maßnahmen der EZB zur Versorgung der Finanzmärkte mit Liquidität sanken die kurzfristigen Geldmarktzinsen seit Jahresbeginn kontinuierlich.

Nachdem sich insbesondere in Spanien die Negativnachrichten häuften und Zypern unter den EU-Rettungsschirm treten musste, spitzte sich die Euro-Schuldenkrise im Sommer erneut zu und sorgte für erneute Turbulenzen auf den Finanzmärkten.

Unser Land gilt derzeit als sicherer Hafen für das Kapital, und so erreichten die Kapitalmarktzinsen in Deutschland einmal mehr historische Tiefststände.

Die Sätze für Langfristfinanzierungen des Landes Schleswig-Holstein liegen weiterhin recht deutlich unter 2 Prozent. Davon profitieren wir alle!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie sich die Zinssätze tatsächlich entwickeln werden, kann jedoch keiner – leider auch die Finanzministerin nicht – vorhersagen.

Drei Szenarien werden in der Finanzplanung des Landes durchgespielt:

Das erste Szenario geht von einer Verlängerung der Niedrigzinsphase in den nächsten anderthalb Jahren aus.

Dabei werden anhaltende krisenbehaftete Turbulenzen im Euroraum angenommen, es wird davon ausgegangen, dass die EZB auf Basis der Zusagen zur Rettung der Eurozone weitere expansive geldpolitische Maßnahmen umsetzt. Damit profitiert Deutschland kurzfristig zinsseitig weiterhin als „sicherer Hafen“ von den Turbulenzen, erst ab 2015, also relativ spät, normalisiert sich die Zinsentwicklung.

Meine Damen und Herren, die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Szenario tatsächlich eintritt, halten die Experten für gering.

Das zweite Szenario geht von einem moderaten Anstieg der Zinssätze in 2014 in Richtung der langfristigen Durchschnitte aus.

Zentral ist die Erwartung, dass sich die Staatsschuldenkrise im Euroraum schrittweise beruhigt. Griechenland verbleibt in der Eurozone.

Die EZB beginnt mit dem Ausstieg aus den stark expansiven Maßnahmen.

Stufenweise steigende Geldmarktsätze sind die Folge.

Im Verlauf von 2014 bewegen sich die Zinsen in einem Korridor zwischen 3 Prozent bei den Kurzfrist- und 5 Prozent bei den Langfristzinsen.

Hier sehen wir eine hohe Eintrittswahrscheinlichkeit.

Das dritte Szenario geht von einem frühzeitigen dynamischen Zinsanstieg auf ein Niveau oberhalb des langjährigen Durchschnitts aus. Auslöser ist die anhaltend expansive Geld- und Fiskalpolitik, die erhebliche Preissteigerungen in allen Bereichen zur Folge hat.

Dem hohen Inflationsdruck begegnet die EZB bereits in 2013 mit der Beendigung ihrer unkonventionellen Maßnahmen und Leitzinserhöhungen. Demzufolge steigen die kurzfristigen Geldmarktzinsen.

Die Spanne für den Zinsanstieg liegt in 2014 zwischen 4% im Kurz- und 6% im Langfristbereich.

Die Eintrittswahrscheinlichkeit auch dieses Szenarios halten unsere Experten für eher gering.

Die Landesregierung hat sich entschieden, das zweite Szenario -- also mittelfristig 3 Prozent Kurzfrist- und 5 Prozent Langfristzinsen -- zur Grundlage ihrer Finanzplanung zu nehmen.

Das bedeutet, dass die Zinsbelastung in den nächsten zehn Jahren von rund 970 Millionen Euro auf rund 1,46 Milliarden Euro zunehmen wird.

Selbstverständlich wird nach diesem Szenario auch die Zinsbelastung der kommunalen Ebene ab 2014 erheblich ansteigen.

Und das ist nur eine der Ausgabensteigerungen, die dem Abbau der strukturellen Defizite zur Einhaltung der Schuldenbremse zuwiderläuft.

Meine Damen und Herren,

Das heißt für mich: wir müssen jetzt, in diesem kurzen Zeitfenster historisch niedriger Zinsen, die Weichen in Richtung nachhaltiger Haushaltspolitik stellen.

Ich bekenne mich dabei aus tiefer Überzeugung zur Schuldenbremse.

Das hat etwas mit der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen zu tun.

Das hat etwas mit der Überzeugung zu tun, dass wir als Staat unsere elementaren Aufgaben nicht dauerhaft von der Zinsentwicklung an den Kapitalmärkten abhängig machen dürfen.

Und es hat auch etwas damit zu tun, wie die Schuldenbremse wirkt.

Wir können das sehr schön beobachten. Dadurch, dass die Schuldenbremse uns Jahr für Jahr den Weg in die Kreditfinanzierung öffentlicher Leistungen weiter verschließt, sind wir dazu gezwungen, uns Grundsatzfragen zu stellen, die wir lange vor uns hergeschoben haben.

Welchen Staat wollen wir? Was soll er leisten? Wie viel Geld geben wir ihm dafür? Und wie werden die Lasten gerecht verteilt?

Die Schuldenbremse ist der Abschied von einer politischen Lebenslüge: Dass wir immer mehr staatliche Leistungen bei einer immer weiter sinkenden Steuer- und Abgabequote erbringen können.

Wir haben nur noch zwei Alternativen:

Entweder kürzen wir die Ausgaben für Soziales, für Kultur, für Bildung, für innere Sicherheit so weit zusammen, dass wir unser Gemeinwesen nicht mehr wiedererkennen.

Oder wir bringen die notwendigen Ausgaben und die dafür erforderlichen Einnahmen wieder in eine Balance.

Aus meiner Sicht brauchen wir Beides:

eine sparsame, ja rigide Haushaltsführung, immer mit dem kritischen Blick, ob Aufgaben wirklich notwendig sind,

und zugleich eine Stärkung der Einnahmeseite durch Steuererhöhungen, welche strukturell und dauerhaft wirken!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wenn ich über strukturelle Einnahmeverbesserungen spreche, dann müssen diese auch auf die Kommunalfinanzen wirken.

Es gibt nur eine Konsolidierung von Land UND Kommunen - oder es gibt gar keine Konsolidierung.

Die Landesregierung will eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit den Kommunen.

Die Einigung, die bei den Konsolidierungshilfen erzielt wurde, ist dafür ein gutes Beispiel.

Ich freue mich, dass die Regierungsfractionen im Einvernehmen mit der kommunalen Familie einen Antrag in den Landtag eingebracht haben, der die Konsolidierungshilfen in Höhe von 15 Millionen Euro für die Jahre 2012 bis 2018 sicherstellt.

Wir haben das Geld vorsorglich bereits im Haushaltsentwurf 2013 eingeplant.

Es bleibt auch dabei, dass das Land zusätzliches Geld in die Hand nimmt, um die Kommunen beim U3-Ausbau zu unterstützen.

Für 2013 sind das 15 Millionen, bis 2017 wächst die Summe auf 80 Millionen Euro jährlich auf.

Das sind keine kleinen Summen für den Landeshaushalt. Es ist ein Beleg dafür, dass wir es ernst meinen mit unseren Ankündigungen.

Und lassen Sie mich hier die Gelegenheit ergreifen, erneut für das Modell der „Kommunalen Gemeinschaftsfinanzierung“ zu werben.

Das Modell sieht einen fallweisen Zusammenschluss interessierter kommunaler Gebietskörperschaften (Landkreise/größere Städte) zu Kreditgemeinschaften vor.

Kernziel des gemeinsamen Kapitalmarktauftritts ist die stufenweise Erschließung eines ergänzenden Finanzierungssegments.

Ich biete Ihnen an, dass mein Ministerium ein solches Verfahren fachlich begleiten und koordinieren würde.

Es ist schade, dass dieser Vorschlag bislang bei den kommunalen Spitzenverbänden auf wenig Interesse gestoßen ist.

Dabei sollte uns doch allen bewusst sein, dass die aktuelle Niedrigzinsphase nicht ewig anhalten wird.

Lassen Sie uns jetzt die Strukturen dafür schaffen und die Verfahren einüben, um auch bei einem drohenden Szenario höherer Kreditmarktzinsen gewappnet zu sein.

Die Idee ist eigentlich ganz einfach:

Interessierte Landkreise und / oder größere Städte schließen sich zu Kreditgemeinschaften zusammen.

Mindestens 4 bis 5 Kommunen sollten es schon sein und der gewünschte Gemeinschaftskredit sollte eine Mindestgröße von 30 Mio. Euro erreichen, damit sich die Sache lohnt.

Mein Ministerium würde dann eine Plattform für standardisiertes Verfahren der Kapitalbeschaffung organisieren.

Das heißt wir unterstützen Sie  
bei der Markterkundung  
bei Festlegung der Kreditstruktur  
bei der Durchführung der Ausschreibung.

Das Alles ist in einem schlanken, unbürokratischen und effizienten Verfahren  
möglich.

Die Teilnahme an einer Gemeinschaftsfinanzierung wäre freiwillig und bezieht sich  
jeweils nur auf eine konkrete Kreditaufnahme.

Jeder Teilnehmer haftet nur für den jeweiligen Anteil am Kredit.

Ich bin davon überzeugt, dass wir damit die Position der Kommunen am  
Verhandlungstisch mit den finanzierenden Banken deutlich stärken könnten.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wenn ich so ausführlich über die strukturellen Einnahmeverbesserungen für die  
Kommunen spreche, so liegt das nicht daran, dass sich das hier bei Ihnen so gehört.

Es liegt daran, dass mein politisches Herz seit vielen Jahren für die Sozialpolitik  
schlägt.

Ich bin gerade deshalb Finanz- und Haushaltspolitikerin geworden, weil ich schnell  
gemerkt habe, dass sich hier entscheidet, ob wir die Mittel organisieren können, die  
wir für eine soziale und humane Gesellschaft brauchen, die wir für starke Kommunen  
brauchen, welche die dafür notwendige Infrastruktur zur Verfügung stellen.

Angefangen bei der Schuldnerberatung und den frühen Hilfen für Familien über den  
Ausbau der Betreuungsplätze für die U3-Jährigen, die Anpassung an den  
demographischen Wandel bis hin zur Stadtbücherei, Jugendzentrum und der  
Umsetzung von Klimaschutzziele.

**Die kommunale Daseinsvorsorge ist nicht alles. Aber ohne die kommunale  
Daseinsvorsorge ist alles nichts.**

Deshalb will ich, deshalb will die Landesregierung starke Kommunen für Schleswig-Holstein.

Selbstverständlich gilt für die Kommunen das Gleiche wie fürs Land: Nicht alle Haushaltsprobleme sind strukturell bedingt, manches ist auch hausgemacht. Da muss man im Einzelfall genau hinschauen.

Eines ist jedoch völlig klar: Ein soziales, ökologisches, nachhaltiges Gemeinwesen lässt sich nicht bei den Kommunen als „all inclusive“-Paket zum Dumpingpreis bestellen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Man kann nicht oft genug sagen: Leistungen wie die Grundsicherung im Alter, die Eingliederungshilfe oder auch die Kosten der Unterkunft können kommunale Haushalte nicht alleine schultern.

Die Kommunen sind finanziell nicht in der Lage, die Kosten der Gesellschaftlichen Fehlentwicklung – die sich in dynamischer Ausgabensteigerung wieder spiegelt – aufzufangen.

Ich hoffe, dass die Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Fiskalpakt tatsächlich dazu führen, dass der Bund zukünftig in die Mitfinanzierung der Kosten für die Eingliederungshilfe einsteigt.

Noch ist das nicht in trockenen Tüchern. Noch müssen sich die Landesregierungen dafür einsetzen, dass es tatsächlich ab 2014 eine spürbare Entlastung für die Kommunalhaushalte gibt.

Meine Damen und Herren,

wir alle sind von Entscheidungen abhängig, die in Berlin oder Brüssel getroffen werden.

Umso wichtiger ist es, dass sich dieses kleine Schleswig-Holstein im Bund auf die Hinterbeine stellt, um für seine Interessen zu streiten.

Ich jedenfalls will und werde meinen Beitrag dazu leisten.

Lassen Sie mich **drei** Beispiele nennen.

Erstens: Die Wiedereinführung der Vermögensteuer!

Es ist nicht hinnehmbar, dass die Schere zwischen Arm und Reich, insbesondere auch die Schere zwischen leeren öffentlichen Kassen und vollen privaten Taschen immer weiter auseinanderklafft.

Deshalb beteilige ich mich an der Länderübergreifenden Initiative, einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der Vermögensteuer zu erarbeiten. Er soll im Frühjahr 2013 in die Länderkammer eingebracht werden.

Die Zielmarke ist klar: Die Vermögensteuer soll 10 Milliarden Euro pro Jahr bringen.

Das sind etwa 300 - 350 Millionen Euro mehr pro Jahr für Schleswig-Holstein – also ca. 60 Mio. Euro für die kommunale Ebene.

Die Erfolgsgarantie für diese Initiative ist nicht vorhanden,

aber immer mehr Länder und Kommunen erkennen, dass sie ohne eine deutliche strukturelle Einnahmesteigerung nicht in der Lage sind, ihre Haushalte zu konsolidieren.

Wer die Schuldenbremse ernst nimmt, muss auf eine gerechte Steuerpolitik hinzuwirken.

Das ist keine Ideologie. Das ist Arithmetik.

Ein zweites Beispiel: Wir haben als schleswig-holsteinische Landesregierung eine Bundesratsinitiative eingebracht, den reduzierten Umsatzsteuersatz für Beherbergungsleistungen wieder abzuschaffen.

Das Hotelsteuerprivileg kostet die öffentliche Hand insgesamt etwa 1 Milliarde Euro Steuerausfälle pro Jahr. Ausfälle, die wir uns nicht leisten können. Für Schleswig-Holstein sind es etwa 15 Millionen Euro vor LFA (davon 3 Mio. für die Kommunen).

Die Initiative hat eine Mehrheit im Finanzausschuss und im Wirtschaftsausschuss des Bundesrats bekommen.

Und nun ist es sehr interessant, die Mehrheitsbildung vor der entscheidenden Abstimmung im Plenum anzuschauen.

Denn es sind keinesfalls nur die rot-grünen Länder, die Sympathie mit dieser Initiative haben.

Da sind auch Länder mit einer Großen Koalition, die auf ihren eigenen Haushalt schielen und sich fragen: Wieso verliere ich eigentlich Geld wegen so einer Maßnahme, von der im Nachhinein sowieso jeder erklärt, dass er sie nicht gewollt hat?!

Die Bundesregierung hat alle Hände voll damit zu tun, eine Mehrheit gegen Schleswig-Holstein zu organisieren.

Vielleicht gelingt ihr das dieses Mal noch, vielleicht auch nicht.

Aber in einem bin ich mir sicher: Auf Dauer wird es nicht gelingen, denn der Druck auf die öffentlichen Haushalte ist groß.

Aus meiner Sicht ist klar: Wer handlungsfähig bleiben will, muss für Einnahmeverbesserungen im Bundesrat stimmen.

Das lässt sich an einem dritten Beispiel verdeutlichen.

Im Rahmen der Föderalismusreform II haben die Länder die Möglichkeit bekommen, den Steuersatz für die Grunderwerbssteuer selbst festzulegen.

Und was ist passiert?

Immer mehr Länder erhöhen die Grunderwerbssteuer von 3,5 Prozent auf 5 Prozent – unabhängig von Parteiprogrammen.

Das zeigt: Die Verbesserung der Einnahmeseite hat für die Länder nichts mit politischer Ideologie zu tun. Sie ist eine existenzielle Notwendigkeit.

Anders lassen sich die Haushalte nicht in Ordnung bringen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

neben den staatlichen Haushalten gibt es weitere öffentliche Bereiche, die Anlass zur Sorge geben.

An dieser Stelle möchte ich auf die HSH Nordbank eingehen, an der auch die kommunalen Sparkassen beteiligt sind.

Die Bank ist mitten in einem schwierigen Umstrukturierungsprozess.

Ihr neues Geschäftsmodell muss sich erst noch am Markt etablieren und ist im ersten Halbjahr hinter den Planzahlen zurückgeblieben.

Der Wettbewerb um regionales Wirtschaftsgeschäft ist hart umkämpft.

Und die Bank kämpft vor allem mit den Risiken aus ihrem Altgeschäft und den Herausforderungen der Schifffahrtskrise und ist mit einem starken US-Dollar konfrontiert.

Die HSH Nordbank ist in schwerem Fahrwasser.

Das Land ist gegenüber der HSH Nordbank zusammen mit Hamburg Aktionär, Gewährträger, Garantiegeber und Kapitalgeber.

Als Aktionär der Bank haftet das Land mit seiner Einlage.

Als einer der Gewährträger stehen wir – gemeinsam mit den Sparkassen - gesamtschuldnerisch für Verbindlichkeiten ein, die die Bank bis 2005 eingegangen ist.

Aktuell sind es noch 35 Mrd. Euro, bis Ende 2015 sinkt die Gewährträgerhaftung auf 3 Mrd. Euro.

Garantiegeber sind wir aufgrund der sogenannten Sunrise-Garantie, die beide Länder der Bank 2009 als Stabilisierungsmaßnahme gegeben haben.

Schleswig-Holstein und Hamburg haften zu je 50 Prozent für Zweitverluste der Bank aus einem fest definierten Teil ihres Portfolios, zurzeit in Höhe von 7 Milliarden Euro.

Die Länder, aber auch die Sparkassen, haben damit viel Verantwortung übernommen.

Die Bank selbst hat am 30. Juni 2012 öffentlich erklärt: Sie kann nicht ausschließen, dass in der Zukunft tatsächliche Zahlungsausfälle anfallen, die den Selbstbehalt von 3,2 Mrd. Euro der Bank übersteigen und dazu führen, dass sie die Zweitverlustgarantie in Anspruch nehmen muss.

In dieser sehr angespannten Lage prüfen wir zur Zeit gemeinsam mit der Bank Möglichkeiten, um die Risikoaktiva zu entlasten und das Kapital zu stärken.

Dazu gehört auch eine Wiedererhöhung der Garantie von jetzt 7 Mrd. auf bis zu 10 Mrd, die ursprüngliche Garantiehöhe.

Noch liegt kein Antrag auf Wiedererhöhung der Garantie vor, aber es ist nicht ausgeschlossen, dass er kommt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

es gibt aber auch erfreuliche Nachrichten!

Am Mittwoch war ich beim Stabilitätsrat in Berlin und Schleswig-Holstein hat gute Noten für seinen Konsolidierungskurs bekommen.

In Berlin gilt Schleswig-Holstein als ein zuverlässiger, vertragstreuer Partner unter den Konsolidierungsländern.

Das ist schon viel, wenn wir uns überlegen, wie hart wir alle schlucken mussten, als wir die Schuldenbremse im Rahmen der Föderalismusreform II auf unser Land heruntergerechnet haben.

Die zweite erfreuliche Nachricht sind die außerordentlich guten Zahlen aus dem Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums.

Ein Plus von 5,6 Prozent bei den Steuereinnahmen gegenüber 2012, bei der Lohnsteuer sind es durch die niedrige Arbeitslosigkeit sogar plus 7,6 Prozent.

Diese Zahlen sind nicht nur deshalb erfreulich, weil sie uns beim Abbau der Nettoneuverschuldung helfen. Statt der geplanten 941 Millionen Euro Kreditaufnahme werden wir 2012 voraussichtlich mit 265 Millionen Euro auskommen.

Die Zahlen sind auch deshalb ein Grund zur Freude, weil gerade hinter den angestiegenen Lohnsteuereinnahmen Menschen stehen, die wieder in Arbeit gekommen sind, die den Sprung vom Transferempfänger zurück zum Steuerzahler geschafft haben, die von ihrer Arbeit wieder ihre Familie ernähren können.

Deutschland hat im Beschäftigungsbereich eine strukturelle Wende zum Besseren geschafft, und das ist eine positive Nachricht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Jeder von uns weiß: Die Mittel in öffentlichen Haushalten, die sich politisch bewegen lassen, sind überschaubar. Die großen Blöcke ändern sich nicht, egal, wer regiert.

Umso wichtiger ist aber, dass man dort, wo man gestalten kann, klare Prioritäten setzt und den Gestaltungsanspruch anmeldet.

Ja, wir können und müssen über die Notwendigkeit des Sparens reden, wir sehen anderen europäischen Ländern wie bitter es für die Bevölkerung ist, wenn Einnahmen und Ausgaben unkontrolliert auseinander laufen.

Aber wir müssen darüber reden, welche großen Chancen unseren Kommunen und das Land haben: Energiewende, Bildung, Tourismus, Gesundheit, nachhaltige Landwirtschaft und Wissenschaft – Schleswig-Holstein hat viel Potential.

Ja, unser Schleswig-Holstein ist ein armes Land. Aber dafür ist es reich an Ideen.

Und darüber lohnt es sich zu diskutieren!